

Die Wahl des neuen russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew hat vor allem in Deutschland neue Hoffnungen auf eine enge wirtschaftspolitische Partnerschaft hervorgerufen. Medwedjews diplomatisches Auftreten auf internationalem Parkett ist verbunden mit politischen Ankündigungen, im eigenen Land die Korruption massiver zu bekämpfen, eine unabhängigere Justiz aufzubauen und auch einen Teil der Renationalisierung der Wirtschaft in den sogenannten strategischen Sektoren wie in der Energie- und Rohstoffwirtschaft wieder zurückzunehmen.

Während westliche und auch russische Experten bis heute rätseln, inwieweit die neu gefundene Machtteilung zwischen Medwedjew und Putin dauerhaft stabil etabliert werden kann, ist zugleich der Weg frei, das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland auszuhandeln. Aus Sicht der EU soll dabei die bereits im Oktober 2000 proklamierte „strategische Energiepartnerschaft“ zwischen beiden Seiten auf eine neue, vertraglich bindende Grundlage gestellt werden. Diese soll auch die Prinzipien der Transparenz, Verlässlichkeit, Vorherseh- und Schiedsgerichtsbarkeit bei Streit- und Konfliktfällen, wie eigentlich im Rahmen des Energiechartavertrages bereits kodifiziert (der von Russland unterzeichnet, aber nicht ratifiziert worden war), einbeziehen. Vor allem die deutsche Wirtschaft hofft, vor dem Hintergrund der boomenden Handelsbe-

ziehungen eine Modernisierungspartnerschaft zu vereinbaren, die mittels deutscher Investitionen und stabiler Energielieferungen eine gegenseitig immer dichtere wirtschaftlich-politische Verflechtung zur Folge hat, die Russland in demokratisch-marktwirtschaftlichen Strukturen in Europa und global verankert.

Aufgrund der zunehmenden Energieimporte aus Russland, der riesigen eurasischen Landmasse, des ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat mit seinen weltpolitischen Verpflichtungen, Moskaus Nuklearwaffenstatus und seiner selbst postulierten Rückkehr als „energiepolitische Supermacht“ des einundzwanzigsten Jahrhunderts sehen Deutschland und die EU zu einer engen wirtschaftlich-politischen Kooperation mit Moskau keine Alternative. Der Stopp der Gaslieferungen an die Ukraine im Januar 2006, von der auch mehrere EU-Staaten betroffen waren, hat jedoch die Frage der Zuverlässigkeit der russischen Energieexporte für die europäische Versorgungssicherheit aufgeworfen. Vor allem die Gasversorgungssicherheit Europas gilt als eine Achillesferse der europäischen Energiepolitik, da sich diese von der Ölversorgungssicherheit grundlegend unterscheidet. Große Ambivalenz besteht zwischen den Hoffnungen auf eine strategische Energiepartnerschaft und Moskaus gegenwärtigen Bemühungen, nicht nur das wichtigste Pipelineprojekt der EU für Gas aus Zentralasien über die Nabucco-Pipeline zu torpedieren, sondern auch mittels einer „Einkreisungsstrategie“ alle weite-

ren Diversifizierungsbemühungen der EU bei künftigen Erdgasimporten aus anderen Staaten und Regionen wie dem Iran und Nordafrika systematisch zu behindern. Aus dieser Sicht droht Gazprom zum Gasmonopolversorger ganz Europas zu werden – mit weitreichenden Auswirkungen sowohl für die Energie- als auch Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU.

Streuung des Risikos

In den energiepolitischen Diskussionen Deutschlands wird seit dem Märzgipfel der EU von 2007 die Frage einer Diversifizierung häufig auf die Bezugsquellen und Importe beschränkt. Tatsächlich lehrt die Ölkrise 1973/74, dass die Notwendigkeit einer Diversifizierung zunächst mit dem Energieträgermix beginnt. Je kleiner der Energieträgermix, umso abhängiger sind Staat und Energiefirmen von den übrigen Energiequellen. Insoweit verstoßen der geplante Ausstieg aus der Kernenergie bis 2021 und auch die gegenwärtigen Diskussionen über den Baustopp von neuen Kohlekraftwerken gegen diese entscheidende Lehre.

Unter der deutschen EU-Präsidentschaft wurden auf dem Märzgipfel der EU 2007 drei ehrgeizige Zwanzig-Prozent-Zielsetzungen vereinbart:

- Die Energieeffizienz der EU soll um insgesamt zwanzig Prozent verbessert werden.
- Die CO₂-Emissionen innerhalb der EU sollen bis 2020 um ein Fünftel gesenkt werden (beziehungsweise um dreißig Prozent, sollten andere Industrieländer der EU folgen).
- Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch soll bis 2020 von derzeit 8,5 auf zwanzig Prozent angehoben werden.

Darüber hinaus sollte der Anteil der Biokraftstoffe wie Bioethanol und Biodiesel am Treibstoffverbrauch auf zehn Prozent bis 2020 gesteigert werden. Doch

die anhaltende globale Kritik wie von der Weltbank, der zufolge der weltweite Anstieg der Nahrungsmittelpreise wesentlich das Resultat der Nachfrage für Biotreibstoffe der Industriestaaten ist, deren Produktion derzeit zu sehr auf Nahrungsmittelpflanzen wie Mais und Getreide wie Weizen basiert, haben zum Überdenken dieser Zielsetzung geführt. Damit droht nicht nur die Biospritzzielsetzung von 2007 bereits hinfällig zu werden, sondern auch die Einhaltung der ehrgeizigen Klimaschutzpläne der EU.

Problematisch ist für die Versorgungssicherheit der EU und Deutschlands vor allem der stark ansteigende Gasimportbedarf. Bereits heute ist Europa der größte Erdgasimportmarkt und wird bis 2030 seine Einfuhren gegenüber 2004 (214 bcm [*billion cubic meters* – Milliarden Kubikmeter]) auf rund 490 bcm mehr als verdoppeln – und damit mehr importieren als die USA, China und Indien zusammen (USA: 159 bcm; China/Indien: 83 bcm). Dabei wird künftig der Anteil der EU-Erdgasimporte als „Flüssiggas“ (*Liquefied Natural Gas* – LNG) von zehn auf mindestens achtzehn Prozent steigen. Dies würde eine bessere Krisenstabilität für Gaseinfuhren eröffnen. In Deutschland wird erwartet, dass zwar ein Rückgang des Energieverbrauchs um bis zu sieben Prozent bis 2020 möglich ist. Der Anteil von Naturgas wird jedoch von dreiundzwanzig auf siebenundzwanzig bis neunundzwanzig Prozent im Primärenergieverbrauchsanteil steigen. Mit einer Laufzeitverlängerung der bestehenden Kernkraftwerke könnte dieser Gasanteil jedoch wieder auf vierundzwanzig Prozent sinken. Dies wäre auch deshalb sinnvoll, weil der Gasimportanteil in Deutschland mit fünfundachtzig Prozent im Vergleich zum EU-Durchschnitt ohnehin hoch und bereits heute Deutschland nach den USA der weltweit größte Gasimporteur ist. Russland ist für Deutschland mit rund vierzig Prozent aller Gas-

importe der wichtigste Lieferant. Während die deutsche Gasversorgung derzeit noch relativ diversifiziert ist, gehen die Importe aus den stabilen EU-Staaten wie den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien aufgrund der abnehmenden Produktion in der Nordsee jedoch stetig zurück. Die bis 2020 vertraglich kontrahierte Importmenge deutscher Gasimporteure gilt mit rund hundert bcm (Inlandsverbrauch 2006: 88 bcm; 2010: 95 bcm) aber als gesichert. In den Beschlüssen der Koalitionsvereinbarung würden der Gasverbrauch und die -importabhängigkeit bis 2020 weitgehend stagnieren. Aufgrund der zunehmenden Erdgasabhängigkeit ist die von deutschen Gasversorgungsunternehmen verfügbare Speicherleistung von zwanzig bcm Arbeitsgas als europaweit größte Speicherkapazität künftig von umso größerer strategischer Bedeutung.

Der deutsche Kernenergieausstieg wird so eine stärkere Stützung auf importiertes Gas aus Russland zur Folge haben. Ein Verzicht auf den Bau neuer Kohlekraftwerke würde die Erdgasimportabhängigkeit noch weiter verstärken, was für den Grundlastbedarf – der sich gegenwärtig vor allem auf die weitaus billigere Kernenergie und Kohlekraftwerke stützt – und damit auch für den Verbraucher mit einer drastischen Preiserhöhung des wesentlich teureren Erdgases verbunden wäre. Zwar würden damit die nationalen Zielsetzungen der Reduzierung des Treibhausausstoßes leichter zu erreichen sein, doch würden die globalen Bemühungen der Reduzierungen der CO₂-Emissionen erheblich erschwert: Ein erhöhter Import von russischem Erdgas würde Moskau aufgrund seiner Gaskrise noch stärker zwingen, auf den Ausbau der Kohleproduktion für die Stromerzeugung und den Wärmemarkt zu setzen, um den für den Export höheren Gasbedarf innenpolitisch durch andere Energieträger zu kompensieren. Da der drasti-

sche Ausbau von neuen Kohlekraftwerken in Russland keinen vergleichbaren Wirkungsgrad wie in Deutschland aufweisen wird, würde Russland künftig erheblich mehr Treibhausgase als Deutschland mit modernisierten Kohlekraftwerken emittieren. Im Resultat einer derart kurzfristigen Energie- und Klimapolitik in Deutschland würden somit weltweit mehr CO₂-Emissionen entstehen, was die Glaubwürdigkeit der globalen Klimapolitik der Bundesregierung infrage stellen würde. Auch die Pläne, dreißig riesige Windradparks in Nord- und Ostsee zu forcieren (um so den Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung von derzeit vierzehn auf mindestens dreißig Prozent bis 2020 zu erhöhen), laufen der deutschen Versorgungssicherheit entgegen, da dies massive Investitionen zur Sicherung der Grundlastversorgung in Gasturbinen zur Folge hätte und so ebenfalls die Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland erhöhen könnte.

Möglichkeiten der Kooperation

Russland scheint auf den ersten Blick der perfekte Energiepartner für die EU zu sein: Es besitzt die größten Erdgasreserven der Welt (48 Billionen m³), die zweitgrößten Kohlereserven, die achtgrößten Ölreserven und ist bereits der weltgrößte Erdgasexporteur, der zweitgrößte Ölexporteur (nach Saudi-Arabien), aber auch der drittgrößte Energieverbraucher der Welt. Der Erdgasmonopolist Gazprom ist inzwischen zum drittgrößten Unternehmen der Welt mit einer Marktkapitalisierung von rund 360 Milliarden US-Dollar aufgestiegen und verfügt allein über vierundzwanzig Beteiligungen an Energiekonzernen der alten EU-15 und in den neuen Beitrittsländern sowie fünfzehn Beteiligungen an Pipelines an Europas Peripherie. Allerdings hat das Unternehmen auch mehr als 36 Milliarden US-Dollar Schulden und ist mit einer stagnierenden Erdgasproduktion, unzureichen-

der Produktivität, Ineffizienz, ausufernder Korruption und Missmanagement konfrontiert.

Auf den ersten Blick spricht eine Reihe von Gründen (wie größere politische Stabilität) für eine drastische Erhöhung der Energieimporte aus Russland als dem fünftgrößten Handelspartner der EU. So haben die EU und Russland seit Oktober 2000 eine „strategische Energiepartnerschaft“ proklamiert, in der sie alle Fragen auf dem Gebiet der Energie gemeinsam erörtern. Gegenwärtig deckt Gazprom allein schon fast fünfundzwanzig Prozent des Erdgasverbrauchs der EU, und die EU kauft fünfundachtzig Prozent der russischen Ölexporte. Für die Modernisierung und Ausweitung seines Energiesektors braucht Russland bis 2020 über 900 Milliarden Dollar. Aus dieser Sicht erscheint die EU als der perfekte Modernisierungspartner für Russland, zumal rund fünfzig Prozent des russischen Außenhandels mit der EU erfolgen.

Aufkommende Konflikte

Seit Beginn der 80er-Jahre hat Russland seine Lieferverpflichtungen aus seinen langfristigen Verträgen zwar immer erfüllt. Seine Energieexporte und vor allem die Pipelinepolitik waren und sind aber nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von geopolitischen Interessen seiner Außen- und Sicherheitspolitik bestimmt. So hat kürzlich der Vize-Premier und frühere KGB-Offizier Igor Setschin, verantwortlich für die Energiepolitik, zugegeben, dass die Einstellung der Öllieferungen an Litauen im Jahr 2006 aus politischen Motivationen erfolgt sei. Auch der russisch-ukrainische Gaskonflikt vom Januar 2006 war aus Sicht der Kommission und zahlreicher Energieexperten keineswegs lediglich ein Konflikt nur um die Anhebung der Gaspreise auf ein marktgerechteres Niveau. Zudem ist es inzwischen immer ungewisser geworden, ob Russland diese Mengen an Öl und Gas überhaupt

liefern kann. Als Ergebnis des Ausbleibens der Investitionen in die Exploration neuer Gasfelder wird für Russland im Vergleich zur tatsächlichen Nachfrage im Jahr 2010 ein jährliches Defizit von über 100 bcm und 2015 von bis zu 200 bcm an Gaslieferungen befürchtet. Daher gilt es als zweifelhaft, ob Russland langfristig mehr als 180 bis 200 bcm Erdgas exportieren kann. Diese werden zudem künftig nicht nur nach Europa gehen (2006: 157 bcm), sondern auch von den neuen Erdgasfeldern in Sachalin und Ostsibirien nach China, Japan und anderen asiatischen Märkten sowie in die USA. Schon heute kann Russland seine Lieferverpflichtungen in Europa nur deshalb aufrechterhalten, weil es jährlich immer größere Mengen an Erdgas selbst aus Zentralasien (60 bis 80 bcm) importiert, welches Gazprom dort bisher erheblich billiger einkaufen und die frei werdende Menge russischen Gases sehr viel teurer in die EU verkaufen konnte. Faktisch stammt so rund ein Drittel des aus Russland importierten Erdgases aus Zentralasien. An einer solchen Monopolisierung der Erdgasexporte über ausschließlich russische Pipelines zu ungünstigen Preisen für die Regionalstaaten hat aber weder die EU noch Zentralasien ein Interesse.

Russlands „Einkreisungspolitik“

Die gegenwärtige russische Erdgaspolitik und Pipelinediplomatie basieren gegenüber der EU auf zwei Zielsetzungen: Zum einen versucht Russland, durch den Bau neuer Pipelines (wie Nordstream) und Hafeninfrastruktur für Energieexporte seine Abhängigkeit von Pipelines über Transitländer wie die Ukraine, Belarus, die baltischen Staaten oder auch Polen so weit wie möglich zu reduzieren. Damit erhofft sich Russland langfristig mehr ökonomischen Gewinn, da Transitgebühren gegenüber diesen Staaten entfallen, und weniger politisch-wirtschaftliche Probleme in den Verhandlungen mit

den Transitstaaten. Doch werden sich die betroffenen Transitstaaten künftig bei stark reduzierten oder gar völlig eingestellten Exporten über russische Pipelines in einer ungleich schwächeren Verhandlungsposition gegenüber Gazprom und dem Kreml befinden. Zum anderen versuchen Gazprom und auch die neue russische Regierung Medwedjew, nicht nur das Nabucco-Pipelineprojekt der EU aus Zentralasien durch den Bau einer alternativen „South-Stream“-Pipeline zu torpedieren, sondern auch die weiteren Diversifizierungsanstrengungen der EU in Nordafrika und dem Persischen Golf systematisch zu verhindern und dort die Kontrolle oder zumindest ein Mitspracherecht bei den Öl- und insbesondere Gasexporten nach Europa zu erlangen.

Mittels einer Politik des „teile und herrsche“ hat Russland aufgrund mangelnder politischer Solidarität, einer fehlenden gemeinsamen energiepolitischen Strategie und kurzsichtiger Hoffnungen auf Sonderbeziehungen mit Moskau aufseiten einzelner EU-Staaten eine für die EU gefährliche Renationalisierung der Energiepolitik eingeläutet, mit der weder die großen globalen Herausforderungen der Versorgungssicherheit jenseits Russlands noch des weltweiten Klimaschutzes gelöst werden können. Zudem hätte ein Scheitern einer gemeinsamen Energie(außen)politik auch weitreichende Konsequenzen für die GASP der EU.

Besonders beunruhigend sind jedoch die jüngsten Bemühungen Russlands, über strategische Einkäufe, Beteiligungen und Offerten die gesamten Erdgas- und Ölexporte der nordafrikanischen Staaten nach Europa aufzukaufen oder mittels einer gemeinsamen strategischen Energieexportpolitik mit den Erdgasproduzenten am Persischen Golf (vor allem Iran und Katar) deren Erdgasexporte nach Europa zu kontrollieren. Auch wenn Russland bisher offenbar nur in Libyen einige Erfolge vorweist, muss die EU im

strategischen Eigeninteresse verhindern, dass sie zu einem Energieprotektorat Russlands wird.

Partnerschaft als Ziel

Ähnlich wie in den USA und dortigen Forderungen nach einer Energieunabhängigkeit von Importen ist auch in der EU eine vollständige Unabhängigkeit von Russland weder energiepolitisch realistisch noch außenpolitisch wünschenswert. Die EU und Deutschland bleiben an einer langfristigen Einbindung Russlands in kooperative demokratisch-marktwirtschaftliche Strukturen interessiert. Gleichwohl müssen die Renationalisierungstrends in Russland, die Instrumentalisierung energiepolitischer Abhängigkeiten durch Moskau und die Monopolisierung der Erdgasexporte aus Zentralasien oder die Kontrolle alternativer Erdgasimporte aus Nordafrika und dem Persischen Golf durch Moskau in der EU und Deutschland größte Besorgnis auslösen. Eine derartige Neuordnung der energiepolitischen Machtbeziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten gefährdet nicht nur die europäische, sondern langfristig auch die russische und globale Energieversorgung. Unter diesen Umständen ist eine „strategische Energiepartnerschaft mit Russland“ derzeit eher eine zukünftige Zielvorstellung als eine Beschreibung der gegenwärtigen energiepolitischen Realität der bilateralen Zusammenarbeit.

Unter diesen Umständen dürfen Deutschland und die EU ihre langfristigen Interessen nicht in einer Renationalisierung ihrer Energie- und Außenpolitik gegenüber Moskau suchen, sondern nur in einer wirklich gemeinsamen Energie(außen)politik, die zugleich auch eine wichtige Voraussetzung für die integrierte gemeinsame Klimapolitik sowie die GASP ist. Nirgendwo sonst ist daher eine interessengeleitete Politik der Selbstbehauptung derzeit so notwendig wie in der Ausgestaltung einer kohärenten

Energie- und Energieaußenpolitik der EU und Deutschlands.

In der mittelfristigen Perspektive bis 2025/2030 kann Deutschland nicht gleichzeitig auf fünfundzwanzig Prozent seiner CO₂-freien Energie durch Kernkraft verzichten, seinen CO₂-Ausstoß um mindestens zwanzig Prozent bis 2020 reduzieren und glauben, dies allein durch Energieeinsparung und Ausbau der erneuerbaren Energien kompensieren zu können. Die Folge wird vielmehr eine noch größere Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland sein. Dies spiegelt nicht nur eine höchst dysfunktionale und unrealistische Klima- und Energiepolitik wider, sondern auch eine Perspektive, bei der die Stärkung der Versorgungssicherheit zum reinen Lippenbekenntnis verkommt und damit auch die gemeinsame Energie- sowie Energie(außen)politik der EU infrage stellt.

Wie auch die Analysen und Szenarien im Rahmen des Energiegipfels der Bundesregierung mit der Industrie bis 2007 gezeigt haben, würde eine Laufzeitverlängerung der bestehenden Kernkraftwerke in Deutschland anspruchsvollere Klimaschutzziele erlauben, die Versorgungssicherheit stärken und die CO₂-Vermeidungskosten wie auch die Strompreise senken. Dem steht keineswegs die Tatsache entgegen, dass die erneuerbaren Energien künftig einen unverzichtbaren und steigenden Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit grundsätzlich leisten können und daher ein ambitionierter Ausbau auch volkswirtschaftlich langfristig sinnvoll ist. Insoweit zeigt sich auch für Deutschland, dass die für Unternehmen wie für private Haushalte gleichermaßen wichtige Versorgungssicherheit zunächst eine Diversifizierung der Energiequellen unter Nutzung der heimischen Ressourcen voraussetzt und somit eine hohe strate-

gische Bedeutung in der Energiepolitik haben sollte. Ehrgeizige Klimaschutzziele sind gemeinsam mit einer sicheren und wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Energieversorgung Deutschlands und der EU nur dann realistisch erreichbar, wenn alle Handlungsoptionen – einschließlich der Verlängerung der Laufzeiten bestehender Kernkraftwerke und der Modernisierung der Kohlekraftwerke – konsequent genutzt werden. Hierzu gehören auch die Forcierung und Unterstützung einer nachhaltigen Biomethaneinspeisung der zweiten Generation, die mittelfristig bis zu zehn Prozent des deutschen Gasbedarfs decken könnte.

Die Steigerung des Gasanteils im Energieträgermix Deutschlands und der EU basierte zudem bisher auf den Annahmen einer moderaten Entwicklung des Gaspreises und einer prinzipiell sicheren Gasverfügbarkeit. Beides ist jedoch mehr als fraglich geworden. Der stark ansteigende Gaspreis ist nicht nur Folge der Ölpreiskoppelung, sondern auch geopolitischer Faktoren und mangelnder weltweiter Investitionen in neue Förder-, Transport- und Raffineriekapazitäten sowohl in Russland als auch bei anderen Erdgas- sowie Flüssiggasproduzenten.

Sollte die EU ihre Energieziele von 2007 verwirklichen, rund zwanzig Prozent Energie einzusparen und zwanzig Prozent des Energiebedarfs durch erneuerbare Energie bis 2020 zu decken, wird der EU-Gas(import)bedarf deutlich sinken und zudem über neue Pipelines aus Zentralasien, Nordafrika und deutlich höhere weltweite LNG-Importe weitaus diversifizierter sein. Dies würde künftig nicht nur die Abhängigkeit von russischen Gasimporten verringern, sondern auch der EU größere Verhandlungsmacht mit Moskau und anderen Produzenten verleihen.